



**NICHT JEDER, DER AFD WÄHLT, IST
RECHTSRADIKAL, ABER ZUMINDEST NAIV**

AFD WÄHLEN IST KEIN DENKZETTEL!

Die Enttäuschung über die Politik der Ampel und deren hilfloses Agieren nährt die Unzufriedenheit bei vielen Menschen mit der Bundesregierung

und lässt die AfD erstarben. Die AfD ist derzeit zweitstärkste Partei in der Bundesrepublik, in einigen Bundesländern bereits stärkste Partei.

Populistisch stellt sich die AfD als die Interessensvertretung des »einfachen Bürgers« dar, mischt bei Demonstrationen gegen Ungerechtigkeit mit und schürt die Wut auf die demokratische Ordnung. Spätestens mit dem Geheimtreffen in Potsdam, als sich Rechtsradikale mit AfD-Politikern, Wirtschaftsvertretern und Politikern der Werteunion über einen Plan zur »Reinigung des

deutschen Volkes« trafen, gibt es keinen Zweifel mehr an dem Charakter und der Zielsetzung der rechten Kräfte in unserem Land. Unter dem Unwort des Jahres »Remigration« sollen Millionen Mitbürger:innen aus Deutschland vertrieben werden.

Vor 91 Jahre kam Hitler an die Macht. Auch damals waren nicht alle NSDAP-

Wähler:innen überzeugte Nazis. Die Zerstrittenheit der beiden Arbeiterparteien und die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien die wirtschaftliche Notsituation zu bekämpfen, trieb den Nazis die Wählerstimmen zu.

Vor hundert Jahren machten die Nazis »die Juden« für das damalige Elend der Bevölkerung verantwortlich. Heute

→ Fortsetzung auf der nächsten Seite

2 MELDUNGEN

Was schert uns die Armut • Von Bürgergeld und schabigen Charakteren • Weltklimakonferenz: viel Absicht – wenig Substanz • Früher war doch Einiges besser

4 PULVERFASS NAHOST

Mit dem fürchterlichen Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel begann am 7. Oktober ein neues Aufflammen des seit 75 Jahren schwelenden Nahost-Konflikts.

6 MOIA – ZWISCHEN MODERNE UND SKLAVEREI

In Hochzeiten befördern bis zu 300 Fahrzeuge Fahrgäste quer durch Hamburg, von Donnerstag bis Sonntag sogar rund um die Uhr

7 STEUERERKLÄRUNG RENTNER:INNEN FÜR 2023

Auch mit Beginn des Ruhestands ist das leidige Thema »Ausfüllen der Steuererklärung« leider noch nicht vorbei.

8 EURE MEINUNG IST UNS WICHTIG! • TERMINE

Kritik • Anregungen • Vorschläge

macht die AfD Menschen mit Migrationsgeschichte für die Zukunftsfänge der mittleren und unteren Einkommenschichten verantwortlich. Genau so wie damals »die Juden« schuldlos an dem Elend waren, sind die Flüchtlinge heute nicht für die Unzufriedenheit vieler Menschen verantwortlich. Die »Ausländer nehmen uns die Arbeit weg« lautet ein gängiger Slogan der AfD. Tatsache ist: In vielen Wirtschaftsbereichen würde ohne Migrant:innen nichts mehr funktionieren.

Inflation, Energiekosten, Kinderarmut, Existenzängste, Klimawandel – unsere gewählten Vertreter:innen haben dem wenig entgegenzusetzen. Das Gegen-



»Wer seine Geschichte vergisst, ist verdammt sie zu wiederholen«

(George Santayana)

teil ist der Fall. Die Ampelregierung hält an der Schuldenbremse fest und genehmigt gleichzeitig ein 100 Mrd. Sondervermögen für die Aufrüstung. Was ist ein Sondervermögen anderes als eine gigantische Neuverschuldung?

Der zu Zeit beliebteste Minister Boris Pistorius will die Bundesrepublik kriegsfähig machen – nicht verteidigungsfähig, sondern kriegsfähig! Dazu

braucht er Mittel, die dem Staat für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales fehlen.

Boni-Zahlungen trotz wirtschaftlicher Fehlleistungen (Deutsche Bahn), enorme Gewinne der Rüstungsindustrie, die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer - all dies spielt der AfD in die Karten.

Es ist löblich, dass sich Vertreter:innen der Bundesregierung an Demonstrationen gegen Rechts beteiligen und einen gesellschaftlichen Ruck fordern, aber damit wird der Rechtsdruck nicht gebremst. Die Forderungen nach einem Verbot der AfD mögen konsequent klingen. Ein Verbot löst das Problem der Rechtsentwicklung nicht und könnte der AfD einen Märtyrerstatus verschaffen. Die AfD würde sich zwar nicht mehr mit Steuergeldern finanzieren, hätte aber wohl kaum ein Problem diesen Verlust mit Spendengeldern auszugleichen und unter anderem Namen weiterzumachen.

Die Ampel muss zwingend handeln: die Schuldenbremse aufheben, den Sozialstaat erhalten. Wir brauchen eine Vision, die Zuversicht und Anpacken der vor uns liegenden Aufgaben vermittelt. »Zum Wohle des deutschen Volkes« heißt es im Amtseid der Bundesregierung. Was ist das Wohl des deutschen Volkes? Wer interpretiert diesen Eid in wessen Interesse?

Unsere Kinder und unsere Enkelkinder sollen kein neues 1933 erleben. AfD wählen ist kein Denkzettel, es ist kein Ausdruck der Unzufriedenheit. AfD wählen heißt, dazu beizutragen, den demokratischen Staat abzuschaffen. ■

Erik Merks

**Denk- und Merktzettel:
Wir sind alle
Migrant:innen**

Vor rund 300.000 Jahren entwickelte sich der erste moderne Mensch, der Homo sapiens. Der »vernünftige Mensch«, so die Übersetzung aus dem Lateinischen, lebte in Afrika.

Vor etwa 60.000 Jahren wanderte der Homo sapiens in andere Länder und Kontinente. Die Migration, laut Definition »eine auf Dauer angelegte räumliche Veränderung des Lebensmittelpunktes«, begann. Letztlich sind wir also alle Migrant:innen.

MELDUNGEN

Was schert uns die Armut

Die Armut bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist laut einer Langzeitstudie des UN-Kinderhilfswerks unverändert hoch. Rund 2,9 Millionen Kinder sind betroffen. Wer in Armut aufwächst, hat schlechtere Bildungschancen und droht auch als Erwachsener ein Leben in Armut zu führen. Laut verschiedener Umfragen fordern mehr als 70 Prozent der Bevölkerung wirksame Maßnahmen gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen. Die »Ampel« ist angetreten, die Kinderarmut mit der Kindergrundsicherung zu bekämpfen. Herausgekommen ist ein Armutszeugnis der Bundesregierung. Die Kindergrundsicherung ist dem Rotstift zum Opfer gefallen. ■

Von Bürgergeld und schäbigen Charakteren

»Soll eigentlich derjenige, der in unserem Land arbeitet, grundsätzlich mehr Geld verdienen als derjenige, der nicht arbeitet und soziale Transferleistungen bekommt? Und dies stellt die Koalition auf den Kopf«, sagt Friedrich Merz. Von Markus Söder bis Jens Spahn singen sie im Chor mit. Selbst die FDP-Riege stimmt mit ein. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Johannes Winkel, kritisierte die Erhöhung des Bürgergelds als »schweren Fehler«. »Die Ampel macht Politik für Arbeitslose, nicht für Arbeiter.« Damit setze sie das Signal, dass sich Arbeiten nicht mehr lohnt.

Wir sind überrascht: Seit wann kümmert sich die Union um die Interessen arbeitender Menschen? Die vorgelegten »Modellrechnungen«

aus dem Hause Merz sind falsch, wie Berechnungen des DGB und der Hans-Böckler-Stiftung zeigen. Selbst wer im Niedriglohnsektor tätig ist, hat am Monatsende deutlich mehr als ein Bürgergeldempfänger. Wem das nicht genug ist, sollte dem Niedriglohnsektor den Kampf ansagen und sich für eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 14 Euro einsetzen. Übrigens, die Erhöhung des Bürgergeldes von 502 Euro auf jetzt 563 Euro entspricht einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Danach muss es das Existenzminimum absichern. Es ist wie früher an der Schule, die schäbigen Charaktere haben die Schwächsten drangsaliert. Da ist aus der Schulzeit doch etwas an Merz und Co hängengeblieben. ■

Weltklimakonferenz: viel Absicht – wenig Substanz

Erstmals hat sich die Weltgemeinschaft, zumindest auf dem Papier, zu einem Abschied von Kohle, Öl und Gas bekannt. Die Staaten einigten sich auf einen Übergang, um von den fossilen Brennstoffen wegzukommen – der von vielen Staaten geforderte Ausstieg (»phase out«) wird jedoch nicht erwähnt. Völkerrechtlich verbindlich ist der Beschluss nicht. Kein Land kann dazu gezwungen werden, ihn umzusetzen. Der Streit über den Abschied von Öl, Gas und Kohle war einer der Knackpunkte der zweiwöchigen Konferenz. Unter anderem der Ölstaat Saudi-Arabien hatte sich dagegen gewehrt. Von »Durchbruch« wurde berichtet. Doch dieser unverbindliche Beschluss wird das Schmelzen der Gletscher nicht aufhalten und den Anstieg der globalen Temperatur vermutlich auch nicht.

Arme und besonders verwundbare Länder können in Zukunft mit Unterstützung rechnen, wenn sie von Fluten, Dürren und Stürmen getroffen werden. Bereits am ersten Tag der Klimakonferenz wurde ein Fonds für klimabedingte Schäden und Verluste eingerichtet. Die Vereinigten Arabischen Emirate sagten als Gastgeber 100 Millionen US-Dollar zu, ebenso wie die Bundesregierung. Insgesamt kamen in Dubai knapp 800 Millionen US-Dollar zusammen. Die Flut im Sommer 2021, unter anderem im Ahrtal, haben, laut dem schweizerischen Analyse-Institut Prognos, Schäden von 40,5 Milliarden Euro verursacht. Da werden wir doch sicherlich mit den 800 Millionen US-Dollar die Welt retten, oder? ■

Früher war doch Einiges besser

»Freiheit und Recht sind bedroht durch die Tendenz zur Akkumulation von Besitz und Geld, die die Reichen immer reicher werden lässt, und die Tendenz zur Konzentration des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen.« Wer nun glaubt, dieses Zitat stammt von einem Umverteilungsaktivisten, sieht sich getäuscht. Dieses Zitat stammt aus den »Freiburger Thesen« aus dem Jahre 1971 und beschreibt die Grundsätze einer bundesdeutschen Partei. Man kann es kaum glauben, diese Partei heißt FDP. Zu Jahresbeginn, auf ihrem traditionellen Dreikönigstreffen verkündete die Pressestelle der heutigen FDP: »Die FDP will gestalten«, um danach gleich durch ihren Fraktionsvize Konstantin Kuhle zu präzisieren: Dazu gehöre »auch die Reform der sozialen Sicherungssysteme«. Dass »Reform« hier nichts anderes heißt als Abbau, ist mittlerweile allseits bekannt. Früher war eben doch nicht alles schlechter. ■

Verweigerung des Kriegsdienstes

Der 18jährige Tal Mitnick aus Tel Aviv wurde in Israel zu 30 Tagen Gefängnis wegen Verweigerung des Kriegsdienstes verurteilt. In einer über Instagram verbreiteten Erklärung erläutert er seine Entscheidung. Hier Auszüge:

»Dieses Land hat ein Problem – es gibt zwei Nationen mit einer unbestreitbaren Verbindung zu diesem Ort. Aber trotz aller Gewalt auf der Welt konnten wir das palästinensische Volk oder seine Verbindung zu diesem Land nicht auslöschen, genauso wenig wie das jüdische Volk oder unsere Verbindung zu diesem Land ausgelöscht werden können. Das Problem hier ist die Vorherrschaft, die Überzeugung, dass dieses Land nur einem Volk gehört. Gewalt kann diese Lage nicht lösen, weder von Hamas noch von Israel. Es gibt keine militärische Lösung für ein politisches Problem. Deshalb weigere ich mich, mich einer Armee anzuschließen, die glaubt, dass das Problem ignoriert werden kann, unter einer Regierung, die nur die Trauer und den Schmerz fortsetzt...

Nach dem terroristischen Angriff begann eine Vergeltungskampagne nicht nur gegen die Hamas, sondern gegen das gesamte palästinensische Volk. Willkürliche Bombardierungen von Wohnvierteln und Flüchtlingslagern in Gaza, volle militärische und politische Unterstützung für die Siedlergewalt im Westjordanland und politische Verfolgung beispiellosen Ausmaßes innerhalb Israels...

Der Wandel wird nicht von korrupten Führern hier oder von den Führern der Hamas ausgehen, die ebenfalls korrupt sind. Es wird von uns kommen – den Menschen beider Nationen... Um etwas zu ändern, muss eine Alternative geschaffen werden, eine Alternative zur Hamas und eine Alternative zur militärischen Gesellschaft, in der wir leben... Ich liebe dieses Land und die Menschen hier, denn es ist meine Heimat. Ich bringe Opfer und arbeite daran, dass dieses Land ein Land wird, in dem andere respektiert werden und in dem man in Würde leben kann. ■

PULVERFASS NAHOST

Mit dem furchterlichen Angriff der Hamas-Terroristen auf Israel begann am 7. Oktober ein neues Aufflammen des seit 75 Jahren schwelenden Nahost-Konflikts. Kinder, Frauen, Männer und alte Menschen wurden auf grausamste Art ermordet und als Geiseln entführt. Die Antwort Israels: Massive Bombenangriffe mit dem Ziel der Vernichtung der Hamas.

Zum Ende des Ersten Weltkriegs, 1917, fiel Palästina unter britisches Mandat. In dieser Zeit flohen über 30.000 Menschen jüdischen Glaubens nach Palästina, weil sie in ihren Heimatländern in Osteuropa, Russland, Rumänien und dem Jemen durch Massenmorde und Pogrome vertrieben wurden. Erste Vorstellungen eines eigenen jüdischen Staates entstanden. Durch den Zweiten Weltkrieg und den nationalsozialistischen Völkermord an rund sechs Millionen Jüdinnen und Juden, der Schoah (Katastrophe), wurde das spätere und heutige Israel zum wichtigsten Zufluchtsort.

Die Ursprünge des Konflikts liegen lange zurück

Nach dem Zweiten Weltkrieg übergab Großbritannien das Mandatsgebiet der neu gegründeten UN. Der 1947 veröffentlichte UN-Teilungsplan sah die Gründung eines arabischen und eines jüdischen Staates vor.

In zahlreichen arabischen Staaten kam es zu schweren anti-jüdischen Ausschreitungen, bei denen jüdisches Eigentum und Habseligkeiten beschlagnahmt wurden. Die arabischen UN-Mitglieder lehnten diesen Plan ab. Am 14. Mai 1948 wurde daraufhin der jüdische Staat ausgerufen. Noch am selben Tag griffen die Armeen von Ägypten, Jordanien, dem Libanon, Syrien und dem Irak den neuen Staat an.

Der Konflikt endete 1949 mit einem Waffenstillstandsabkommen. Im Verlauf des Konflikts hatten israelische Einheiten etwa 40 Prozent des Territoriums erobert, das laut Teilungsplan der UN für die arabische Bevölkerung vorgesehen war. Ein Großteil der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung wurde zum Verlassen ihrer Heimat aufgefordert oder von der israelischen Armee vertrieben. Der Westteil Jerusalems wurde von Israel besetzt. Im Jahr 1967 führte Israel einen »Präventivkrieg« gegen seine Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien und Syrien, der mit der Eroberung des Westjordanlands, dem Gazastreifen, Teile der Golanhöhen und der Sinai-Halbinsel endete. Dieser »Präventivkrieg« sollte einem befürchteten Angriff der arabischen Staaten auf Israel zuvor kommen.

Wie kann es Frieden geben?



Quelle: ZDF »Wie der Nahost-Konflikt entstanden ist«, 18.10.2023

Eine Friedenslösung ist derzeit nicht in Sicht, im Gegenteil. Das massive Vorgehen der israelischen Armee in Gaza trifft vor allem die Zivilbevölkerung. Zehntausende von toten Zivilisten, fast die Hälfte davon Kinder. Zerstörte Wohnungen und Infrastruktur. Die UN spricht von einer humanitären Katastrophe. War Gaza schon vor dem aktuellen Krieg ein »Freiluftgefängnis« mit blockierten Grenzen zu Israel und Ägypten, ist es nun ein Trümmerfeld mit Hunger und Elend und ohne Zukunft.

Die national-konservative Regierung von Benjamin Netanjahu, mit seinen rechtsextremistischen Koalitionspartnern, forciert seit Jahren den völkerrechtswidrigen Bau von jüdischen Siedlungen in dem von Israel besetzten Westjordanland. Seit dem Überfall der Hamas sind mehr als 30 illegale Siedlungen dazugekommen. Palästinensische Bauern werden, unter Schutz der israelischen Armee, von radikalen Siedlern von ihrem Land vertrieben. Häuser werden zerstört, Olivenhaine abgeholzt. All das schürt weiteren palästinensischen Hass. Dieser Hass wird von den aus Katar und dem Iran politisch und finanziell unterstützten Terrororganisationen Hamas und Hisbollah genutzt. Eine friedliche Lösung kann nur in einem Ende der Gewalt und einer Zweistaatenlösung bestehen, die beiden Seiten gerecht wird.

Kritik an Israel = Antisemitismus?

Kritische Stimmen zur israelischen Regierung werden schnell mit dem Stempel »Antisemitismus« aus dem Diskurs genommen. Dagegen ist die israelische Gesellschaft selbst gespalten, wie es bei den Protesten Hunderttausender gegen die geplante Justizreform zum Ausdruck kam. Dabei geht es um die Entmachtung des Obersten Gerichts zu Gunsten der Regierung. Viele der etwa 20 Prozent nicht-jüdischen israelischen Staatsbürger fühlen sich als Bürger zweiter Klasse und sind Repressionen ausgesetzt.

Wir sollten uns an der kritischen Debatte in Israel ein Beispiel nehmen. Ja, wir haben, auf Grund unserer Geschichte, eine besondere Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden. Es gilt insbesondere dem Antisemitismus entschieden entgegenzutreten und das Existenzrecht Israels nicht in Frage zu stellen. Es darf aber nicht dazu führen, notwendige Kritik an Israels politischer Führung zu beschneiden oder zu unterbinden.

Die Menschenrechte sind nicht verhandelbar, sie gelten für Israelis genauso wie für Palästinenser. Auf ein sicheres Leben haben nicht nur Israelis einen Anspruch, sondern ebenso Palästinenser und alle anderen Völker dieser Erde. ■

Günter Hameister

MOIA ZWISCHEN MODERNE & SKLAVEREI

Aus dem Hamburger Stadtbild sind sie nicht mehr wegzudenken, die gold-schwarzen Sammeltaxen der Firma MOIA. Mit seinen 500 Konzessionen sind die elektrisch angetriebenen Fahrzeuge der Tochter von VW Nutzfahrzeuge längst Bestandteil des öffentlichen Nahverkehrs.

In Hochzeiten befördern bis zu 300 Fahrzeuge Fahrgäste quer durch Hamburg, von Donnerstag bis Sonntag sogar rund um die Uhr. Schwerbehinderte, die nach dem Sozialgesetzbuch zur kostenlosen Mitfahrt im öffentlichen Personennahverkehr berechtigt sind, können MOIA unentgeltlich nach vorheriger Registrierung nutzen. Voraussetzung: Der Fahrgast verfügt über ein Smartphone und hat die MOIA-App heruntergeladen. Die Buchung, sowie die bargeldlose Abrechnung erfolgt ebenfalls über das Smartphone. Bei Fahrtbuchung wird über GPS dein Standort ermittelt und dir einer der über 10.000 virtuellen Haltepunkte in deiner Nähe zugewiesen, sowie die Ankunftszeit des Fahrzeugs

übermittelt. Der Fahrpreis setzt sich aus einem Basispreis und Zuschlägen nach Wochentag, Tageszeit und Auslastung zusammen. In Summe bewegt er sich zwischen HVV- und Taxitarif. Die schöne neue digitale Welt hat jedoch auch seine Grenzen, nicht alle Hamburger Randgebiete werden bedient und südlich der Elbe ist nur Wilhelmsburg dabei.

Eine Atmosphäre des Heuern und Feuern

Das Unternehmen gibt sich weltoffen und modern. Doch hinter der Fassade ist »heuern und feuern« angesagt. Eine Anfrage der Linksfraction in der Hamburgischen Bürgerschaft ergab, dass sich MOIA seit Start im Jahr 2019

141 Mal vor dem Arbeitsgericht verantworten musste. Kündigungen, besonders in der Probezeit, aus nicht nachvollziehbaren Gründen sind an der Tagesordnung. Überhaupt, so berichten der Betriebsrats Vorsitzende Peter Alexander und sein Stellvertreter Cengiz Cosar, sind die Arbeitsbedingungen schlecht. Das Unternehmen verweigert den rund 1.000 Beschäftigten den Abschluss eines Tarifvertrages. Die zuständige Gewerkschaft für MOIA als Tochter des VW-Konzerns ist die IG Metall. Die Verhandlungen über einen Tarifvertrag lies das Unternehmen im September 2023 scheitern. Daran konnten bisher auch Warnstreiks nichts ändern. Der Widerstand ist jedoch ungebrochen. Immer mehr

Kolleginnen und Kollegen wurden Mitglied der IG Metall, aktuell sind es schon deutlich über 50 Prozent der Belegschaft.

Fahren für einen Hungerlohn

Besonders die rund 900 Fahrerinnen und Fahrer klagen über Ausbeutung. Mit 13 Euro Stundenlohn, plus Zuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit ist die Altersarmut vorprogrammiert, sagt Peter Alexander. Mit 24 Tagen Urlaub wird gerade der gesetzliche Mindestanspruch erfüllt. Von Urlaubs- und Weihnachtsgeld kann man nur träumen. Bei einer Verantwortung für Fahrgäste und Fahrzeug, bei der großen Belastung durch Schichtarbeit, kommt einem sofort moderne Sklaverei in den Sinn. Viele der Vollzeitbeschäftigten können sich nur mit einem Zweitjob über Wasser halten. Es verwundert nicht, dass es unter diesen

Bedingungen eine hohe Fluktuation unter den Beschäftigten gibt.

Senat und Bund in der Verantwortung

MOIA ist nicht nur ein Sammeltaxi-Unternehmen, sondern in erster Linie ein wissenschaftliches Projekt zur Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrs. Es werden Daten und Erfahrungen gesammelt für zukünftige Projekte. Ab 2026 sollen 30 MOIA-Fahrzeuge autonom, sprich ohne Fahrer, durch die Hansestadt rollen. Dafür erhält das Unternehmen Subventionen aus verschiedenen Töpfen, allein vom Bund 6 Millionen Euro. Wer Fördermittel, wie der Bund, oder Konzessionen, wie die Stadt Hamburg, vergibt, steht auch in der Verantwortung für gute Arbeit zu sorgen.

Von Sonntagsreden kann sich niemand etwas kaufen. Die Politik muss sicherstellen, dass Unternehmen, die sich Tarifverträgen verweigern von Förderungen und Konzessionserteilungen ausgeschlossen werden. Das MOIA-Projekt kann den öffentlichen Nahverkehr sinnvoll ergänzen und eine Antwort besonders für Kleinstädte und dem ländlichen Raum mit seinem unzureichenden Angebot öffentlicher Mobilität sein. Dazu gehört aber auch Respekt und Anerkennung für die Beschäftigten, die so ein Mobilitätsangebot schließlich realisieren. Sie haben Anspruch auf angemessene Einkommen, soziale Absicherung und Wertschätzung. ■ Günter Hameister

»Bei einem Stundenlohn von 13 Euro ist die Altersarmut vorprogrammiert.«

Peter Alexander, BR-Vorsitzender bei MOIA



STEUERERKLÄRUNG FÜR RENTNER:INNEN 2023

Auch mit Beginn des Ruhestands ist das leidige Thema »Ausfüllen der Steuererklärung« leider noch nicht vorbei. Denn Altersbezüge sind nicht steuerfrei. Deshalb müssen Rentner:innen weiterhin jährlich eine Steuererklärung abgeben.«



Im Wesentlichen gibt es zwei Arten von Altersbezügen: Renten und Pensionen.

Renten sind als sonstige Einkünfte gemäß § 22 EStG meist nur mit einem bestimmten Anteil steuerpflichtig. Dazu zählen Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung,

Zusatzversicherungsrenten nach dem öffentlichen Dienst und Renten aus privaten Versicherungen und aus der betrieblichen Altersvorsorge (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Von den Renten werden im Vorfeld keine Steuern abgeführt.

Pensionen sind in voller Höhe steuerpflichtig. Aber auch Betriebsrenten aus einer Pensionszusage oder Unterstützungskasse, die ehemalige Angestellte von ihrem früheren Arbeitgeber erhalten, werden steuerlich wie Pensionen behandelt.

Ob Rentner:innen Steuern zahlen bzw. eine Steuererklärung abzugeben haben, ist von der Höhe der »steuerpflichtigen« Einkünfte abhängig. Denn neben der Rente haben viele noch andere steuerpflichtige Einkünfte, etwa aus einer vermieteten Eigentumswohnung, einer selbstständigen Tätigkeit oder nichtselbstständigen Beschäftigung.

Oft erhalten Ruheständler:innen auch mehrere Renten gleichzeitig, z.B. eine Witwen-/Witwer-Rente oder Hinterbliebenenrente.

Ob Rentner:innen Steuern zahlen müssen, hängt davon ab,

- ▶ wie viel Rente man bekommt,
- ▶ wie hoch der steuerpflichtige Anteil der Rente(n) ist,
- ▶ ob man verheiratet ist,
- ▶ wie hoch die weiteren steuerpflichtigen Einkünfte sind und
- ▶ wie hoch die steuerlich abzugsfähigen Ausgaben (z. B. Versicherungsbeiträge) sind.

Einkommensteuer muss nur dann gezahlt werden, wenn man mit dem zu versteuernden Einkommen über dem Grundfreibetrag liegt. Dieser beträgt in 2023 10.908 Euro (Verheiratete: 21.816 Euro).

Das zu versteuernde Einkommen ist vereinfacht ausgedrückt die Summe der steuerpflichtigen Einkünfte vermindert um etwaige Werbungskosten sowie abzugsfähiger Ausgaben bzw. Pauschbeträgen (Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc.).

Vor allem – aber nicht nur – für Neurentner:innen steigt der steuerpflichtige Anteil der Rente von Jahr zu Jahr allein durch die jährliche Rentenerhöhung. Dadurch müssen immer mehr Rentner:innen Steuern an das Finanzamt zahlen. Bei Rentenbeginn in 2022 beträgt der steuerpflichtige Anteil der Rente bereits 82 Prozent, bei Rentenbeginn 2023 bereits 83 Prozent. Dazu kommt die jährliche Rentenerhöhung, die komplett steuerpflichtig ist.

Das steuerpflichtige Einkommen kann man aber durch entsprechende abzugsfähige Kosten mindern. Alle Regeln zu den steuerlich abzugsfähigen Werbungskosten, Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen sind auch im Ruhestand weiterhin gültig.

Auch als Ruheständler:in kann man z.B. Beiträge zu Gewerkschaften, Kontoführungsgebühren (16 Euro) oder auch privat getragene Kosten für gewerkschaftliche oder gemeinnützige Arbeit geltend machen. Werbungskosten werden ansonsten vom Finanzamt ohne Nachweise mit pauschal 102 Euro anerkannt.

Sonderausgaben sind im Wesentlichen die Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen. Daneben können sich unter bestimmten Umständen noch Beiträge zu Haftpflicht-, Unfall- oder auch Lebensversicherungen, Spenden oder auch Parteibeiträge steuermindernd auswirken.

Um das Thema Steuererklärung ranken sich viele Mythen, unter anderem. »Wer einmal eine Steuererklärung abgegeben hat, muss das immer tun.« oder »Rentner:innen brauchen keine Steuererklärung abgeben.«

Zu den außergewöhnlichen Belastungen zählen hauptsächlich die so genannten Krankheitskosten. Dazu zählen selbst getragene Kosten für Brillen, Zahnersatz, Zuzahlungen zum Krankenhausaufenthalt oder Apotheke. Aber auch Unterstützungsleistungen für bedürftige Angehörige, Beerdigungskosten (so weit nicht vom Erbe gedeckt), Pflegekosten und einiges mehr können sich hier steuermindernd auswirken. Bei einigen Kosten muss eine »zumutbare Belastung« angerechnet werden.

Ebenfalls steuermindernd können sich die haushaltsnahen Dienst- und Handwerkerleistungen auswirken. Dazu zählen einige Positionen der Mietnebenkostenabrechnung, durch Handwerker ausgeführte Maler- oder Reparaturarbeiten in Wohnung oder Haus, Gartenarbeiten, Reinigungstätigkeiten und vieles mehr.

Die vorgenannten Beispiele erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Da dieses Thema sehr komplex ist, empfehlen wir dringend sich von entsprechenden Fachleuten (Steuerberater, Lohnsteuerhilfeverein, u.a.) beraten zu lassen.

Das Finanzamt ist berechtigt, für nicht fristgerecht abgegebene Steuererklärungen für jeden Monat verspäteter Abgabe einen Verspätungszuschlag von mindestens 25 Euro zu kassieren.

Der späteste Termin zur Abgabe der Steuererklärung für das Jahr 2023 bei vorliegender Abgabepflicht ist der 31. August 2024.

Und zum Schluss noch ein Hinweis: Wer glaubt, nichts zu tun, um beim Finanzamt keine schlafenden Hunde zu wecken, irrt. Das Finanzamt bekommt eure Daten jedes Jahr automatisch auf elektronischem Wege übermittelt und fordert euch irgendwann auf, meist für mehrere Jahre rückwirkend eine Steuererklärung abzugeben und dann wird es meist teuer. Also, besser jetzt handeln, bevor es später eventuell richtig wehtut. ■

Rainer Kasch,
Lohnsteuerhilfe ver.di Hamburg



Eure Meinung ist uns wichtig!

Wir freuen uns auf eure:

- ▶ Kritik
- ▶ Anregungen
- ▶ Vorschläge



Sendet diese bitte an:

E-Mail: igm.senioren-echo@gmx.de

Brief: IG Metall Region Hamburg
z.H. Kristin Schultz
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Termine:

Arbeitskreise Senioren:

Bergedorf: 5. März, 2. April, 7. Mai, 4. Juni
Hamburg: 25. April, 19. Juni
Stade: 13. März, 10. April, 8. Mai, 12. Juni

Wohnbereiche:

Altona: 24. April, 26. Juni
Bargteheide-Ahrensburg: 25. März, 29. April, 27. Mai, 24. Juni
Stade: jeden Donnerstag von 17:00 – 19:00 Uhr

Weitere Infos zu den Sitzungen (Ort, Uhrzeit, etc.) erhaltet ihr über die Geschäftsstelle:

**kristin.schultz
@igmetall.de**